

Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt

Leitantrag zum außerordentlichen Deutschlandtag der Jungen Union Deutschlands

am 16. März 2019 in Berlin

Mit der diesjährigen Wahl zum Europäischen Parlament steht Europa vor einer wichtigen Weichenstellung. Nie zuvor sah sich die europäische Integration vergleichbar auf den Prüfstand gestellt – sei es von innen durch immer stärkere radikale Kräfte oder von außen durch aggressiv auftretende Autokratien wie beispielsweise Russland oder China und populistisch geführte Demokratien. In dieser Situation bekennt sich die Junge Union Deutschlands klar zu ihrer europäischen Identität und zu dem Ziel, die Herausforderungen des Kontinents gemeinsam mit unseren europäischen Partnern zu bewältigen.

Dabei fordern wir eine Europäische Union, die dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet ist, die Vielfalt in den Mitgliedsstaaten fördert und sich auf Basis eines gemeinsamen Wertefundaments auf die großen, grenzüberschreitenden und globalen Themen konzentriert. Deshalb setzen wir uns mit ganzer Kraft dafür ein, dass die Europäische Volkspartei auch weiterhin die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament bleibt und Manfred Weber als ihr Spitzenkandidat Präsident der Europäischen Kommission wird.

1. Mut zu einer neuen Partnerschaft mit unseren britischen Freunden

Mit dem sich abzeichnenden Brexit verliert die Europäische Union voraussichtlich eine ihrer größten und dynamischsten Volkswirtschaften und Kulturnationen. Den Austritt bedauert die Junge Union nicht zuletzt deshalb, weil das Vereinigte Königreich immer eine starke Stimme für christdemokratische Kernanliegen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freien Handel war. Nun liegt es in der Verantwortung der britischen Regierung sowie des britischen Parlaments, ein ungeordnetes Ausscheiden zu verhindern. Denn ein immer weiteres Entgegenkommen von Seiten der Europäischen Union birgt die Gefahr eines Präzedenzfalles. Das Signal, Austritte könnten zu ausschließlich vorteilhaften „Deals“ führen, wäre fatal für den Zusammenhalt der verbleibenden Mitgliedsstaaten. Auch eine einmalige Fristverlängerung, die den status quo zunächst fortschreibt, sollte eine Option sein, solange eine Teilnahme Großbritanniens an der Europawahl ausgeschlossen ist und ein belastbarer Lösungsvorschlag vorliegt, der eine Fristverlängerung erfordert. Wir begrüßen das entschlossene Auftreten der Europäischen Union, das aus Sicht der Jungen Union nicht zu einer „Bestrafung“ der Bürger des Vereinigten Königreichs führen darf. Vielmehr gilt es, eine Balance zu finden: Austretende Mitglied-

33 staaten dürfen nicht damit rechnen, alle für sie vorteilhaften Aspekte der Zusammenarbeit in
34 einem neuen Vertragswerk wiederzufinden. Gleichzeitig bildet der Brexit einen demokrati-
35 schen Entschluss und die Briten bleiben jenseits der Europäischen Union ein Teil der europäi-
36 schen Familie. Nicht zuletzt aus der gemeinsamen leidvollen Erfahrung zweier Weltkriege
37 ergibt sich die Verantwortung beider Seiten, für die Zukunft auf eine möglichst enge Partner-
38 schaft hinzuwirken.

39 Neben wirtschaftlichen Verflechtungen muss diese Partnerschaft vor allem einen engen si-
40 cherheitspolitischen und kulturellen Austausch umfassen. Als Nuklearmacht und einer der
41 wichtigsten NATO-Partner sollte das Vereinigte Königreich dort, wo es sinnvoll ist, in die neu
42 aufzubauenden europäischen Verteidigungsstrukturen integriert werden. Zudem darf der
43 Brexit keinerlei Auswirkung auf die bestehende Zusammenarbeit bei der Verbrechens- und
44 insbesondere der Terrorismusbekämpfung haben. Auch von den bestehenden europäischen
45 Projekten im Bereich Bildung und Forschung profitieren sowohl das Vereinigte Königreich als
46 auch Europäische Union. An dem Austauschprogramm „Erasmus+“ und gemeinsamen For-
47 schungsvorhaben sollte das Vereinigte Königreich daher gegen eine entsprechende finanzielle
48 Beteiligung auch weiterhin wie ein Mitgliedstaat der Europäischen Union teilhaben. Darüber
49 hinaus plädieren wir auf Basis der Gegenseitigkeit für rechtsichere Aufenthaltsgenehmigun-
50 gen im akademischen Kontext für europäische Studenten und Forscher.

51 **2. Gemeinsame Regeln durchsetzen, unterschiedliche Wertvorstellungen respektieren**

52 Die Junge Union unterstützt die nachdrückliche Haltung der Organe der Europäischen Union
53 gegenüber den grundlegenden Regelverstößen durch Polen und Ungarn. Im Falle Rumäniens
54 sollte von Seiten der EU mit gleicher Entschlossenheit vorgegangen werden. Denn das europä-
55 ische Projekt ist weit mehr als eine wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung: Mit der Unter-
56 zeichnung der europäischen Verträge und der Europäischen Menschenrechtskonvention ha-
57 ben sich die Mitgliedstaaten zur Einhaltung grundlegender demokratischer und rechtsstaatli-
58 cher Werte verpflichtet. Zu diesen zählen insbesondere die Unabhängigkeit der Justiz und die
59 Freiheit der Presse. Diese Garantien sind in Polen, Ungarn und Rumänien heute gefährdet.
60 Sollten diese Mitgliedstaaten ihren Kurs nicht zeitnah korrigieren, spricht sich die Junge Union
61 für entsprechende Rechtsstaatsverfahren aus, an dessen Ende die Suspendierung der EU-
62 Mitgliedschaft stehen kann. Dabei ist zu prüfen, inwiefern die jetzigen Verfahren reformiert
63 werden können.

64 Gleichzeitig setzen wir uns im Sinne des Subsidiaritätsprinzips dafür ein, dass Mitgliedstaaten
65 im Rahmen der gemeinsamen rechtlichen Bestimmungen und insbesondere unter Achtung des
66 Demokratie- und Rechtsstaatsprinzips auch weiterhin unterschiedliche Vorstellungen von ei-

67 nem idealen Gemeinwesen verfolgen können. Wir wollen kein Europa, das die verschiedenen
68 gesellschaftlichen Modelle durch zentrale Vorgaben angleicht. Im Gegenteil sind wir der Über-
69 zeugung, dass gerade die Vielfalt ökonomischer, kultureller wie sozialer Modelle die Identität
70 unseres Kontinents ausmacht. So ist es richtig, dass sich die Herausforderung durch die welt-
71 weiten Migrations- und Flüchtlingsströme nur gemeinsam bewältigen lässt. Deshalb verlangen
72 wir einen raschen Ausbau von Frontex zu einer EU-Grenzpolizei und die Schaffung eines ein-
73 heitlichen grenzpolizeilichen Informationssystems mit dem die Ein- und Ausreise von Dritt-
74 staatsangehörigen bei der Überschreitung der EU-Außengrenzen elektronisch erfasst, doku-
75 mentiert und kontrolliert wird. Um eine klare Rechtsgrundlage zu erhalten und nicht-
76 asylberechtigte Personen konsequent ab- oder auszuweisen, muss das Asylrecht europaweit
77 vereinheitlicht und durch den Aufbau einer europäischen Asylbehörde umgesetzt werden. Zur
78 Erhöhung der inneren Sicherheit fordert die Junge Union eine stärkere Vernetzung der europä-
79 ischen Polizeibehörden unter der Leitung von Europol.

80 **3. Ein europäischer Feiertag als Zeichen der europaweiten Verbundenheit**

81 Um die europäische Einigung und Identität stärker in das Bewusstsein der Menschen zu rü-
82 cken, spricht sich die Junge Union für die Einführung eines gesetzlichen europäischen Feiertag-
83 es in allen Mitgliedsstaaten aus. Hierfür schlagen wir den 9. Mai, den Jahrestag der Schuman-
84 Erklärung, vor. Durch gemeinsame Feiern und europaweite öffentliche Veranstaltungen soll
85 das europäische Gemeinschaftsgefühl weiter gestärkt werden.

86 Der gesetzliche Feiertag ermöglicht zudem eine breite Auseinandersetzung im staatlichen,
87 schulischen und kulturellen Rahmen mit dem europäischen Gedanken zur Stärkung eines eu-
88 ropäischen Bewusstseins.

89 **4. Eine wehrhafte Europäische Union braucht eine Verteidigungsunion**

90 Angesichts einer von zunehmender Unsicherheit geprägten internationalen Politik und einer
91 sich im Wandel befindlichen Weltordnung ist es mehr denn je erforderlich, dass die Mitglieds-
92 staaten der Europäischen Union eine gemeinsame internationale Politik betreiben. Wir for-
93 dern, dass die Europäische Union auf der Basis ihrer gemeinsamen Werte Freiheit, Demokratie,
94 Rechtsstaatlichkeit und Völkerverständigung aktiv an der Gestaltung einer Weltordnung für
95 das 21. Jahrhundert mitwirkt, die sich an den universell gültigen Menschenrechten, sozialer
96 und ökologischer Verantwortung sowie einem freien und fairen Welthandel orientiert. Die
97 Junge Union bekennt sich zu der 2017 von 25 Mitgliedstaaten initiierten ständigen strukturier-
98 ten Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wir
99 fordern, diese Zusammenarbeit zeitnah zu einer echten Europäischen Verteidigungsunion aus-

100 zubauen und diese in die Strukturen der NATO einzubinden. Deutschland als größter Mitglied-
101 staat muss hierbei mehr Verantwortung übernehmen und als Treiber und Moderator agieren.
102 Dabei dürfen wir uns nicht mit neuen Rechtsrahmen und Strukturen begnügen; entscheidend
103 sind konkrete Gewinne an Effizienz und Effektivität, um die rund 1,5 Millionen Soldatinnen
104 und Soldaten der Mitgliedstaaten zu einer schlagkräftigen Streitmacht zusammenzuführen.
105 Hierzu gehört auch die Einhaltung des 2%-Ziels der NATO.

106 So muss die angestrebte Freizügigkeit für militärische Güter, das „Military-Schengen“, zeitnah
107 vollständig realisiert und durch regelmäßige Übungen praktiziert werden und durch regelmä-
108 ßige Übungen ins Erleben kommen. Durch „Pooling“ und „Sharing“, ein gemeinsames Beschaf-
109 fungswesen durch den Europäischen Verteidigungsfonds und die Europäische Verteidigungs-
110 agentur und die damit einhergehende internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen
111 Rüstungsindustrie wollen wir militärische Exzellenz in allen Bereichen an die Stelle der beste-
112 henden Kleinstaaterei setzen. Dies umfasst einheitliche Ausschreibungsvorgaben, standardi-
113 sierte Pflichten- und Lastenhefte sowie gemeinsame Haftungs- und Exportregeln für Rüs-
114 tungsunternehmen. Zudem müssen bestehende und aufzubauende militärische Fähigkeiten
115 der Cyberabwehr in die Europäische Verteidigungsagentur integriert werden. Darüber hinaus
116 fordern wir die Ausweitung und Intensivierung von militärischen Austauschprogrammen, um
117 den europäischen Geist unter den Soldatinnen und Soldaten des Kontinents zu stärken.

118 Die Europäische Verteidigungsunion soll die Armeen der Mitgliedstaaten nicht abschaffen,
119 sondern sie in höchstem Maße in eine gemeinsame Struktur integrieren. Dabei muss sicherge-
120 stellt werden, dass die Bundeswehr wesentliche Fähigkeiten auch künftig eigenständig vorhält.
121 Dennoch betrachten wir eine gemeinsame europäische Armee als mögliches Fernziel, das am
122 Ende dieser Integration stehen kann. Eine solche Integration kann die Verteidigungsfähigkeit
123 Europas aber nur dann verbessern, wenn der Einsatz gemeinsamer Strukturen dem Mehrheits-
124 prinzip unterliegt. Darum muss das Prinzip der Einstimmigkeit im Europäischen Rat im Bereich
125 der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zugunsten qualifizierter Mehrheiten aufge-
126 geben werden. Hierzu fordert die Junge Union einen ständigen Rat der Verteidigungsminister
127 einzurichten. Der Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr muss in diesem
128 Zusammenhang im Sinne von Vorratsbeschlüssen für multinationale Einsatzkräfte und eines
129 „Rückholrechtes“ des Bundestages reformiert werden.

130 **5. Ein starkes demokratisches Signal bei den Wahlen zum Europaparlament**

131 Seit Jahrzehnten profitieren wir durch die EU, von Freizügigkeit, Freiheit und Wohlstand. An-
132 gesichts der vielfachen globalen Herausforderungen kann die EU nur stark sein, wenn wir mit

133 einer Stimme sprechen. Dazu braucht es ein starkes Parlament, das den Willen seiner Bürge-
134 rinnen und Bürger selbstbewusst und klar vertritt.

135 Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai ist insbesondere die junge Generati-
136 on gefragt, für die Zukunft Europas zu stimmen, damit wir fortan weiter in einem wirtschaft-
137 lich und sozial erfolgreichen Europa leben können.

138 Mit der Teilnahme an den Europa-Wahlen stärken wir die Demokratie in Europa, stehen für
139 unsere gemeinsamen Werte ein und treten Europafeinden entschieden entgegen. Am 26.Mai
140 gilt es, ein deutliches Zeichen für ein demokratisches Europa zu setzen und über den künftigen
141 Kurs der Europäischen Union mitzuentcheiden:

142 Erheben wir gemeinsam unsere Stimmen für Europa!